



VCI-Position

Energiewende umgestalten

Hintergrund

Die Bundesregierung hat im Herbst 2010 ein Energiekonzept verabschiedet, das auf Basis sehr ehrgeiziger Zielsetzungen bei den Treibhausgasemissionen, beim Ausbau erneuerbarer Energien und zum Energieverbrauch bis 2050 zu einer insgesamt klimafreundlichen, sicheren aber auch bezahlbaren Energieversorgung führen sollte. Nach den Ereignissen in Fukushima im März 2011 wurden mit dem Beschluss der sog. „Energiewende“ mit dem raschen Ausstieg aus der Kernenergie als CO₂-arme Brückentechnologie und Beibehaltung der sonstigen Zielsetzungen die Vorgaben noch weiter verschärft. Inzwischen machen die Monitoringergebnisse verschiedener Institutionen auf die Defizite vor allem bei der Bezahlbarkeit und mittelfristig auch bei der Versorgungssicherheit aufmerksam. Deutschland läuft Gefahr deutlich an Wirtschaftskraft einzubüßen, aufgrund massiv steigender Energiepreise und sinkender Versorgungssicherheit. Für die neue Bundesregierung ergibt sich erheblicher Handlungsbedarf, ansonsten fährt die Energiewende an die Wand.

Deutschland hatte sich im letzten Jahrzehnt die nationale Aufgabe gesetzt, den Arbeitsmarkt zu reformieren und die Arbeitskosten zu senken, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Um diese nicht wieder zu verlieren, ist es für die nächste Bundesregierung vordringlich, als nationale Aufgabe den Energiemarkt zu reformieren, die Energiekosten zu senken und die deutsche Energieversorgung mittelfristig in einen funktionierenden EU-Energiemarkt einzubetten.

Wie kann dies aus Sicht der Chemischen Industrie gelingen?

Übersicht

Direkt nach der Regierungsbildung sind Maßnahmen erforderlich, die verhindern, dass die Probleme sich noch weiter vergrößern. Außerdem kann die Regierung damit Handlungswillen und Handlungsfähigkeit als Signal an die Wirtschaft demonstrieren. Hier sieht die Chemische Industrie zwei Maßnahmen:

- ein sofortiges Aussetzen der Förderung für erneuerbare Energien für Neuanlagen bis eine grundlegende EEG-Reform vorliegt;
- Ableiten eines effizienten Projektmanagements aus den vorliegenden Monitoringergebnissen inklusive einer Anpassung der Zielsetzungen und Zeithorizonte, wenn erforderlich.



Anschließend müssen die Maßnahmen gestartet werden, die eine langfristige Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimafreundlichkeit ermöglichen. Zentral sind hier:

- eine umfassende EEG-Reform, die zudem EU-konform sein muss;
- Anstreben einer EU-einheitlichen Lösung für eine nachhaltige Energieversorgung mit Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit als Leitaspekte;
- Technologieoffenheit: Klärung der Rolle von Shale-Gas in Deutschland und Europa mit Ermöglichung der Exploration und Ermittlung der Potenziale.

1. Aussetzen der EEG-Förderung

Die Kosten für die Stromverbraucher aus der Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien sind insbesondere in den letzten Jahren exponentiell angestiegen. Der nächste Anstieg der EEG-Umlage auf über 6 Cent/KWh ist bereits angekündigt. Nur durch die Entlastungsregeln für die wenigen als besonders stromintensiv anerkannten Unternehmen konnten bislang erhebliche wirtschaftliche Verwerfungen verhindert werden. Trotzdem ist die Chemische Industrie derzeit mit 800 Mio. Euro Zusatzkosten, die vor allem von den KMU getragen werden, belastet. Diese Kosten werden sicher bereits 2014 auf über 1 Mrd. Euro steigen. Daneben belastet der ungebremste Ausbau auch die Versorgungssicherheit, da die erforderlichen Backup-Kapazitäten nicht Schritt halten können.

Eine abgeschlossene EEG-Reform wird sicherlich eine längere Zeit in Anspruch nehmen, in der der ungebremste Ausbau der erneuerbaren Energien zu den derzeitigen Konditionen weiterlaufen würde. Um eine weitere Kostenexplosion auch für 2015 zu verhindern und die Belastung für die KMU in dieser Zeit nicht noch weiter zu erhöhen, ist ein sofortiger Stopp der Förderung für Neuanlagen erforderlich. Wenn das Glas voll ist, kann ein Überlaufen nur durch einen Stopp beim Eingießen verhindert werden, so lange, bis ein größeres Glas gefunden ist. Das temporäre Aussetzen der Förderung richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Energiewende, sondern verhindert eine kurzfristige Verschärfung der Zielkonflikte.

2. Management der Energiewende

Das Projekt „Energiewende“ wurde zwar mit dem Energiekonzept der Bundesregierung im Jahre 2010 und mit einem umfangreichen Gesetzespaket nach Fukushima politisch beschlossen, aber bislang in der Umsetzung noch nicht als Projekt behandelt. Durch die fehlende Koordination der Politik werden die Monitoring-Ergebnisse nicht genutzt, um politische Leitplanken zu reformieren. Es fehlt die Priorisierung der Abläufe unter

Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit. Dazu gehört auch die Überprüfung von Zielen und Zeithorizonten.

Zu einem erforderlichen Projektmanagement gehört die Koordination aus einer Hand. Ein „weiter so“ mit der Aufsplittung von Zuständigkeiten und den damit verbundenen Reibungsverlusten in der für Deutschland so immens wichtigen Energiepolitik ist nicht mehr akzeptabel.

Vor dem Hintergrund einer Technologieoffenheit müssen dringend Konzepte erarbeitet werden für:

- die Kostenbegrenzung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien,
- die Koordination des Ausbaus erneuerbarer Energien mit dem Netzausbau,
- die Gewährleistung ausreichender Back-up-Kapazitäten zum Ausgleich der volatilen Stromeinspeisungen aus EE-Anlagen,
- der Entwicklung von wirtschaftlichen Speicherkapazitäten,
- der Einbindung eines effizienten Demand-Side-Managements,
- die Einbeziehung von Energieeffizienzmaßnahmen in allen Bereichen.

3. Grundlegende EEG-Reform

Im Zentrum der anzugehenden Maßnahmen der neuen Regierung muss eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes stehen. Ziel muss es zum einen sein, die Gesamtkosten zu deckeln. Zum anderen muss aber auch die Verteilung der bereits aufgelaufenen Kosten, die unsere Volkswirtschaft aufgrund der 20-Jahre-Garantien noch lange Zeit belasten werden, wirtschaftsfreundlich erfolgen.

Unabhängig davon, wie die Reform ausfällt, muss das bisherige Entlastungsniveau für die Industrie, das durch die besondere Ausgleichsregelung und die Befreiung der Eigenstromerzeugung erreicht wurde, solange erhalten bleiben, bis das derzeit immer noch steigende Belastungsvolumen abgebaut ist. Nur dadurch kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen erhalten bleiben. Bei der Reform und der Erhaltung des Entlastungsniveaus muss auf eine beihilferechtliche EU-Konformität geachtet werden, um weitere Beihilfeprüfungen durch die EU-Kommission, die erhebliche Unsicherheiten für die betroffenen Unternehmen mit sich bringen, zu vermeiden.

Weiterhin muss die Reform dazu führen, dass die Kosten für alle nicht entlasteten Verbraucher, vor allem für die KMU, nicht weiter steigen. Die Grenzen der Belastbarkeit für diese Unternehmen sind schon überschritten. Dabei kann und muss industrieller Stromverbrauch, durch den Werte geschaffen und Arbeitsplätze gesichert

werden, anders behandelt werden als privater Verbrauch.

Das bisher über subventionsähnliche Förderungen weitgehend unabhängig vom Markt finanzierte System muss auf ein marktwirtschaftliches System umgestellt werden. Das gilt auch für die Bereitstellung von Back-up-Kapazitäten. Die Einführung von Kapazitätsprämien, die ein neues Regulierungssystem eröffnen würden, vergrößert dabei nur die ohnehin schon vorhandenen Kostenprobleme. Vielmehr sollten die Erzeuger von erneuerbaren Energien stärker in die Verantwortung für die Sicherstellung einer Stromversorgung rund um die Uhr genommen werden. Die Vermarkter von Strom aus Windkonvertern und Solaranlagen müssen den Ausgleich der volatilen Stromeinspeisungen selbst organisieren. Idealerweise sollten sie in einem neuen EEG-Regime eine Prämie erhalten, die sowohl diese energiewirtschaftliche Leistung honoriert als auch eine degressive Markteinführungsprämie zur Weiterleitung an die Betreiber von Wind- und Solarenergieanlagen beinhaltet. Jeder Bäcker, der sieben Tage die Woche seine Kunden mit frischen Brötchen versorgen muss, aber nur von Montag bis Freitag selbst backen kann, muss durch Zukauf am Wochenende für eine entsprechende Versorgung sorgen.

4. EU-Lösungen suchen

Deutschland ist keine Energieinsel. Gerade im Bereich der Energieversorgung sind kleinteilige Systeme, wie Deutschland sie derzeit auf nationaler oder gar regionaler Ebene in den Bundesländern verfolgt, ineffizient. Der nationale Alleingang, den Deutschland mit seiner Energiewende beschreitet, führt zu hohen Belastungen im Land selbst und immer stärker auch in den Nachbarländern, die gezwungenermaßen in die deutschen Probleme wie Netzinstabilitäten und Finanzierung der Back-up-Kapazitäten hinein gezogen werden.

Die Probleme der deutschen Energiewende können sehr viel effizienter auf europäischer Ebene durch eine Verwirklichung des EU-Binnenmarktes mit einer „europäischen Kupferplatte“ gelöst werden. Auch die gewollte Förderung erneuerbarer Energien ist in einem europäischen System unter der verstärkten Ausnutzung sehr viel besserer Standorte für Windkraft und Photovoltaik effizienter möglich.

Insgesamt müssen dabei der Klimaschutz und die damit verbundenen CO₂-Vorgaben die übergeordneten Leitaspekte für die Gesetzgebung sein. Wie diese Ziele erreicht werden, soll der Markt regeln. Staatliche Eingriffe in ein funktionierendes Marktsystem wie den Emissionshandel, z.B. durch ein backloading, müssen unterbleiben. Ausbauziele für die erneuerbaren Energien aber auch Energieeffizienzvorgaben dürfen bestenfalls Hilfsgrößen sein, die nicht für sich alleine stehen dürfen.

5. Technologieoffenheit – mögliche Rolle von Shale-Gas

Die Ziele der Energiewende, eine klimaschonende, sichere und vor allem bezahlbare Energieversorgung, können nur durch eine ausreichende Technologieoffenheit erreicht werden. Erdgas spielt dabei vor allem als Energieträger für die notwendigen flexiblen Gaskraftwerke eine zentrale Rolle.

In diesem Zusammenhang ist die Notwendigkeit der Exploration und die Ermittlung der Potenziale von Shale-Gas von zentraler Bedeutung. Shale-Gas ist heute bereits ein „Game changer“. Der Shale-Gas-Boom in Nordamerika, der zu Gaspreisen von einem Viertel bis einem Drittel der europäischen Preise führte, bedroht aufgrund der damit erreichten sehr niedrigen Energiepreise und für die Chemie wichtigen Rohstoffpreise schon heute die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Chemischen Industrie. Derzeit finden schon verstärkt Investitionen energieintensiver Unternehmen in Nordamerika und auch dem Mittleren Osten statt.

Um eventuelle Chancen von Shale-Gas auch hierzulande nutzen zu können, muss eine gesellschaftliche Akzeptanz erreicht werden, um zumindest die Exploration zu ermöglichen und die Potenziale bestimmen zu können.